

MITTEILUNG

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90 - DIE GRÜNEN und CDU / FDP

**zum Antrag „Besetzung von Stellen in der Stadtverwaltung“
auf Drucksache 01171/2012**

Der vg. Antrag erhält folgende Neufassung:

1. Ab sofort sind bis auf Weiteres freie und frei werdende Stellen gesperrt. Als frei gelten auch Stellen, deren Stelleninhaber die die der Stelle zugrundeliegende Tätigkeit über einen längeren Zeitraum nicht ausüben (z.B. Arbeitsunfähigkeit über den Entgeltfortzahlungszeitraum hinaus, Mutterschutz, Elternzeit, Sonderurlaub, Abordnung etc.).
2. Gesperrte Stellen können nur nach vorheriger Genehmigung des Hauptausschusses, zu der die unabweisliche Notwendigkeit der Stellenbesetzung im Wege von Neueinstellungen oder Umsetzungen etc. schriftlich nachzuweisen ist, zur Besetzung vorgesehen werden. Daran anschließend erfolgt das Stellenbesetzungsverfahren unter ggf. gesetzlich vorgesehener Beteiligung der Gremien bzw. Beauftragten.

Begründung:

Die Personalkosten belaufen sich laut Personalentwicklungskonzept im Jahr 2012 auf 45,5 Millionen Euro und gehören damit zum kostenintensivsten Bereich des Haushaltes. Der Sollstellenplan sieht vor, dass in den kommenden vier Jahren die Anzahl der Stellen auf 868 reduziert wird.

Die Beschlussvorlage der Oberbürgermeisterin „Überplanmäßige Ausgaben im Personalbudget“ auf DS 01000/2011 vom 17.10.2011 in Höhe von 789.900 € für Entgelte der Beschäftigten zeigt, dass die Oberbürgermeisterin alleine nicht in der Lage ist, die von ihr selbst geplanten und dem Haushaltssatzungsgeber zur Beschlussfassung vorgelegten Einsparungen im Personalbereich konsequent durchzusetzen.

Um den Prozess der Haushaltssicherung auch im Personalbudget voranzubringen, ist ein gemeinsames und konkret abgestimmtes Handeln von Verwaltung und Vertretung notwendig.

Mit der Neufassung des Antrages wird klargestellt, dass es nicht, wie von interessierter Seite interpretiert wird, darum geht, die Personalauswahl bei einer Stellenbesetzung zu treffen, sondern vielmehr darum, vor dem Stellenbesetzungsverfahren zu entscheiden, ob eine Besetzung erfolgen soll.

Daniel Meslien und Fraktion

Sebastian Ehlers und Fraktion